

CDU-Fraktion im Kölner Rat
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kölner Rat
FDP-Fraktion im Kölner Rat

An
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 07.11.2019

AN/1534/2019

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	07.11.2019

**Kliniken der Stadt Köln gGmbH: weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund,
3050/2019**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Zusatzantrag zur Beschlussvorlage 3050/2019 in die Tagesordnung des Rates am 07.11.2019 aufzunehmen:

Beschluss:

In der Beschlussvorlage 3050/2019 wird Ziffer 2 wie folgt ergänzt:

Hierbei werden folgende Ziele verfolgt

1. Ab dem Zeitpunkt der Übernahme der operativen Verantwortung für die Kliniken der Stadt Köln (KK) durch das Universitätsklinikum Köln (UK Köln) gehen die wirtschaftlichen Risiken auf diese über. Mit der Universitätsklinik Köln ist ein Sanierungsbeitrag der Stadt Köln mit folgender Maßgabe zu vereinbaren, dass die Stadt Köln ausschließlich die bis dahin aufgelaufenen Sanierungskosten für die Kliniken der Stadt Köln zu tragen hat.
2. Im Rahmen der zu erzielenden Vereinbarung werden die Kliniken der Stadt Köln in Hinsicht auf die Finanzierung ihrer Investitionen durch das Land NRW mit dem Universitätsklinikum gleichgestellt. Die Kliniken der Stadt Köln (KK) erhalten sollen hierfür einen universitären Status erhalten. Das Land NRW wird aufgefordert, die dafür notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen.
3. Für die Etablierung des Klinikverbundes aus KK und UK Köln werden gemäß dem angestrebten „Stiftungs-Modell Universitärer Gesundheitscluster Köln“ neue gesellschaftsrechtliche Strukturen geschaffen. In diesem Entscheidungsgremium wird die Stadt Köln im Verhältnis zum Universitätsklinikum personell gleichgestellt. Im Auf-

sichtsorgan der zu gründenden Stiftung sind UK Köln und Stadt Köln paritätisch vertreten. Die notwendige umsatzsteuerliche Organschaft bleibt davon unberührt.

4. Um den Einfluss der Stadt Köln im Sinne der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, soll eine auf Vorschlag der Stadt Köln benannte Person die Interessen KK auch auf operativer Ebene und im Aufsichtsgremium wahren.
5. Im Rahmen der zu erzielenden Vereinbarung sollen grundlegende Fragen, die die zukünftige Betriebs-gÄR betreffen, der Stadt Köln durch fixierte Sonderrechte vorbehalten bleiben.
6. Die Rechte der jetzigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzgl. der Tarifverträge und der Zusatzversicherungen (z.B. Altersvorsorge) der KK werden zukünftig voll umfänglich auf dem heutigen Niveau garantiert.
7. Der Gesundheitsstandort Holweide ist zu erhalten. Dabei soll der Aufsichtsratsbeschlusses der Kliniken der Stadt Köln vom 31.10.2019 (2+1-Konzept) berücksichtigt werden.

Begründung:

Die operative Verantwortung setzt zwingend die wirtschaftliche voraus - eine über den Sanierungsbeitrag der Stadt hinausgehende weitere wirtschaftliche Beteiligung der Stadt Köln ohne die Möglichkeit der betriebswirtschaftlichen Einflussnahme ist strikt abzulehnen.

Ein Klinikverbund muss uneingeschränkt die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Spitzenmedizin in Köln und im Umland sicherstellen. Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der gesundheits- und sozialpolitischen Versorgungsaufgaben ist unverzichtbar. Sie ist Voraussetzung für die eine breit getragene Zustimmung in der Bevölkerung und ihrer demokratisch gewählten Vertretung für die angestrebte Lösung.

Die Schaffung einer gemeinsamen Unternehmenskultur im Rahmen einer integrativen Zusammenführung von KK und UK Köln ist eine solch große Aufgabe, die eine entsprechende Vertretung der Stadt Köln in den Entscheidungsgremien erfordert.

Die Belegschaft sichert mit ihrem täglichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Einsatz das Ergebnis der Kliniken. Daher ist es gut und richtig den ihre zukünftigen Rechte rechtsverbindlich zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer